

Volksstimme

Einzelpreis 20.00 M.

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Einbau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pannitzsch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprech-Anschluß: für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. Postumschließung 2. Nachtrag, Seite 110. Bezugspreis: Monatlich 400.00 Mark, beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen monatlich 385.00 Mark. — Anzeigengebühr: die 10gehaltene Komposition 34.00 Mark, auswärts 39.00 Mark, in Restantenzeit 120.00 Mark, auswärts 140.00 Mark. Vereinstafel der Seite 28.00 Mark. Anzeigenrabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen Zahlung erfolgt. Postfachkonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 282.

Magdeburg, Sonnabend den 2. Dezember 1922.

33. Jahrgang.

Der Segen der Reaktion.

Der Faustschlag Poincarés auf den grünen Pariser Regierungstisch, der mit der Ankündigung neuer Gewalttaten gegen Deutschland schloß, hat bisher einen praktischen Erfolg gehabt. Die Regierungschefs der Ententestaaten treffen sich wahrscheinlich in der Zeit vom 8. bis 10. Dezember in London, um die Reparationsfrage erneut aufzurollen. Ueber das von Deutschland gewünschte Moratorium, über die endgültige Festsetzung der deutschen Schulden, die Frage der interalliierten Schulden und die Frage der eventuell Deutschland gegenüber zu ergreifenden Zwangsmaßnahmen soll dort gesprochen werden.

Für uns liegt vorläufig kein Anlaß vor, dieser Konferenz mit Optimismus zu begegnen. Allzuoft haben sich die alliierten Staatsmänner zusammengesetzt, um das Reparationsproblem zu lösen. Immer ohne Erfolg, ohne ein Ergebnis, das Europa zur Befriedung verhelfen könnte. Immerhin aber besteht zwischen den bisherigen Konferenzen und der jetzt angesetzten Beratung ein Unterschied. Man will in den kommenden Tagen offiziell neben der Frage der deutschen Schulden auch die der interalliierten Schulden erörtern, während noch bis in die jüngste Zeit hinein von England eine Erörterung des interalliierten Schuldenproblems abgelehnt wurde. Wenn England seine Auffassung jetzt geändert hat, dann geschieht das in Anbetracht seiner schwierigen außenpolitischen Situation, die Poincaré auch diesmal ausnützen will.

Mit der gemeinsamen Besprechung des Reparationsproblems und der Frage der interalliierten Schulden ist die Frage der Reparationen sicherlich noch nicht gelöst. England wird als Bedingung für einen Schuldenerlaß ein ähnliches Verhalten der amerikanischen Regierung verlangen. Ob Amerika bereit ist, die französischen Schulden zu reduzieren, ohne daß Frankreich seine Armeestärke herabsetzt und seine Flotte abbrüstet, ist sehr fraglich. Wünscht Frankreich ernsthaft ein Ergebnis dieser Konferenz, dann werden auch von seiner Seite Zugeständnisse politischer Art gemacht werden müssen.

Poincaré hat mehrfach, zuletzt noch in allerjüngster Zeit, erklärt, daß er bereit ist, bei einer Reduktion der französischen Schulden wenigstens vorläufig auf einen Teil der deutschen Reparationsverpflichtungen zu verzichten. Damit würde gleichzeitig ein Vorwand wegfallen, den Frankreich bisher zur Begründung seiner Forderung auf Besetzung des Ruhrgebietes anführte. Allerdings der weniger gewichtige Vorwand. Dahinter lauert die alte Gier nach der Rheinzone, die ja den alten, den eigentlichen Plan des französischen Imperialismus enthüllt: das deutsche Rheinland in französischen Besitz zu bringen.

Man weiß jetzt aus Lardieus Buch über den Frieden, wie hartnäckig Clemenceau und Lardieu auf der Pariser Friedenskonferenz in den ersten Monaten des Jahres 1919 um die Rheingrenze gekämpft haben. Viele Wochen lang haben Wilson und Lloyd George gerungen, um die französische Forderung nach der Annexion des Rheinlandes abzuwehren. Sie haben Frankreich die gewichtigsten Zugeständnisse machen lassen, haben ihm die militärische Besetzung der Rheinlande für 15 Jahre zugestehen, haben ihm schließlich, allen politischen Traditionen Englands und Amerikas entgegen, ein förmliches Schutz- und Trutzbündnis für den Fall einer Erhebung Deutschlands versprochen müssen, ehe Clemenceau auf die Forderung nach der Annexion der Rheinlande durch Frankreich verzichtete hat.

Heute regieren nun in Paris die Poincaré, die Clemenceau wegen dieses Verzichts leidenschaftlich bekämpft haben. Die Rheingrenze, das ist auch heute noch die Forderung der französischen Militaristen. Die Annexion der deutschen Kohlenreviere am Rhein, das ist auch heute noch die Forderung der französischen Schwerindustrie. Wie die deutschen Kohlengrubenbesitzer während des Krieges die Annexion der französischen Erzreviere verlangt haben, um das Eisenerz mit der Kohle in ihrer Hand zu vereinigen, so verlangt heute die französische Eisenindustrie die Annexion der deutschen Kohlenreviere, um die Kohle mit dem Eisenerz in ihrer Hand zusammenzuführen. Mit der zeitweiligen Okkupation des Ruhrgebietes hat Frankreich schon oft gedroht; mit der „Beschlagnahme“ der Rheinlande droht es erst, seitdem in London Bonar Law, in Italien Mussolini und in Berlin Cuno regiert. Der „Kurs nach rechts“ wird zur fürchterlichsten Gefahr für das deutsche Volk.

Es wird sich nun bald zeigen, ob neben Italien, das unter Mussolini mitmacht, auch England unter Bonar Law für die französischen Pläne zu haben sein wird. Vorläufig glauben wir das noch nicht. Die englische Arbeiterpartei ist zu stark angewachsen, als daß die englischen Kon-

servativen sich eine so weitgehende, wenn auch nur passive Unterstützung der französischen Gewaltpläne erlauben dürften.

Poincaré fährt allerdings das schwerste Geschütz auf. Er droht mit seinem Rücktritt, wenn er in London und Brüssel nicht zu seinem „Rechte“ kommen sollte. Aber wenn Bonar Law auch möchte, er wird es nicht wagen dürfen. Seine Mehrheit von 70 Stimmen kann leicht zu einer Minderheit werden, und die englische Arbeiterpartei steht dann als erste Oppositionspartei zur Nachfolge bereit. Vor dieser Wendung muß der Führer der englischen Konservativen zurückweichen. Das ist unsere Hoffnung.

Daneben zwingen wirtschaftliche Gründe die englische Regierungspartei, den französischen Imperialisten Widerstand zu leisten. Die Vereinigung der deutschen Kohle mit den Erzen Frankreichs, Böhmens und Luxemburgs dient nicht Englands Interesse. Wenn aber der englische Widerstand nicht fest genug sein sollte, Frankreich an seinem Vorhaben zu hindern, dann kann Deutschland in Krisen gestürzt werden, die das ganze Staatensystem Europas schwer erschüttern, internationale Verwicklungen ernstester Art heraufbeschwören würden.

Da redet man von „Sanierung“ und „Stabilisierung“, die der Kurs nach rechts bringen werde! In Wirklichkeit verschärft gerade jeder Sieg der Reaktion die Gefahren internationaler Verwicklungen und macht gerade er dadurch jede Stabilisierung des europäischen Staatensystems, jede Sanierung des europäischen Wirtschaftslebens unmöglich. Das ist der Segen der Reaktion. Die wirkliche Sanierung, die wirkliche Stabilisierung kann nur der Kurs nach links bringen.

Die geheimen Besprechungen der Industrie.

Sie haben mit Mitgliedern der Reparationskommission geredet, maßgebende deutsche Wirtschaftsführer volksparteilichen Ursprungs. Der volksparteiliche Führer Stresemann hat mit dem Franzosen Barthou, dem Vorsitzenden der Reparationskommission, lange Besprechungen gehabt. „Unter vier Augen.“

Haben die prominenten Volksparteiler mit den Siegern über das gute oder schlechte Wetter gesprochen oder über die neueste Herrenmode oder über die besten Liköre? Nach der „Magdeburgerischen Zeitung“ scheint es so. Sie legt den Besprechungen nicht den geringsten Wert bei. Vor allem haben sie mit dem Sturze der Regierung Wirth und der Entstehung des Ministeriums Cuno nichts zu tun. Wer etwas anderes behauptet, lügt entweder oder verleumdet, ist unanständig oder borniert.

Danach ist die volksparteiliche Berliner „Zeit“, die größere und gewichtigere Schwester der „Magd. Ztg.“, auch unter die Lügner und Verleumder gegangen. Von der Not getrieben, muß die „Zeit“ es „begreiflich finden, daß die Herren, die der französischen Seite Versprechungen gemacht haben sollen, sich melden.“ Und die „Zeit“ fügt hinzu:

„Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei sind sicher nicht darunter. Wohl aber ist es zutreffend, daß die Schwerindustrie zu einer Verständigung mit der französischen Schwerindustrie bereit ist. Bezeichnend dafür ist die Rede, die der Reichstagsabgeordnete Böglers kürzlich auf der Tagung der Eisenhüttenleute gehalten hat. Die Schwerindustrie ist zur Mitarbeit bereit, verlangt aber nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Zugeständnisse auf der Gegenseite, insbesondere die Beilegung oder Milderung der Besetzung und die endgültige Regelung der Entschädigungsfrage innerhalb der Grenzen unserer Leistungsfähigkeit.“

Auf die „Bedingungen“ kommt's nicht an. Der Besiegte kann schwer Bedingungen stellen. Barthou hat die Worte Stresemanns, die dahin zielten, schweigend überhört. Aber auf die Bereiterklärung zur Mitarbeit kommt's an und auf die Darlegungen der Wirtschaftsführer, daß das Ministerium Wirth zu schwach sei, um Bindungen eingehen zu können; dazu wäre nur die Industrie imstande, wenn sie an der politischen Macht teilnehme.

Die volksparteilichen Besprechungen mit der Reparationskommission waren ja nur der Schlüsselstein in einem langen Feldzug. Seit Monaten ist von der Schwerindustrie unter Vorantritt der volksparteilichen Organe ein Kampf geführt worden mit dem Ziele, die kapitalistischen Einflüsse in der Reichsregierung zu stärken. Dem Inland wurde gesagt, die äußere Lage würde dadurch verbessert, da die Welt dann zu Deutschland mehr Vertrauen haben würde. Dem Ausland wurde der Gedanke nahegelegt, Deutschland könne durch die Zurückdrängung sozialdemokratischer Einflüsse

leistungsfähiger gemacht werden. Als nun die Reparationskommission in Berlin anwesend war, haben sich prominente Wirtschaftsführer und der Abg. Stresemann an sie herangepircht und wenige Tage nach ihrer Abreise ihr Ziel erreicht, mit einem Wirtschaftsführer als Reichskanzler und einem volksparteilichen Reaktionsär als Wirtschaftsminister maßgebenden Einfluß in der Regierung zu erhalten, weil die Demokraten und das Zentrum ihnen auf den Keim trochen.

Die sozialdemokratische Enthüllung über das geheime Treiben ist den volksparteilichen Kreisen natürlich überaus peinlich. Die „Zeit“ geht in der Verlegenheit sogar so weit, die Teilnahme von Volksparteilern zu bestreiten. Ist denn Stresemann, der mit Barthou verhandelt hat, aus der Volkspartei ausgeschlossen?

Für die Regierung Cuno ist die Enthüllung noch drückender. In Börsenkreisen wurde daher schon das Gerücht von dem Rücktritt des Ministeriums Cuno verbreitet. So ernst wird der Fall von Leuten angesehen, die nicht in der Redaktion der „Magdeburgerischen Zeitung“ sitzen.

Brotverteurer an der Arbeit.

Der Reichslandbund hat dem bisher noch nicht existierenden Reichsernährungsminister, für den der deutsche nationale Staatssekretär Heimrich die Geschäfte führt, eine Reihe von Forderungen unterbreitet, deren Endzweck die Verminderung der Umlage, die Einführung der freien Getreidewirtschaft und die Schaffung einer allgemeinen Brotzuschußsteuer zur Verbilligung des Brotes aus wucherisch verteuertem Getreide ist. Bezeichnend ist dabei, daß die Landwirte diese Forderung aufstellen, obwohl in einer Reihe von Bezirken mit schlechteren Ernteergebnissen die Umlage bereits herabgesetzt worden ist, gleichwohl aber die Pflichtablieferungsmenge trotz Verlängerung der Lieferzeit nicht zur Ablieferung gelangte. Die Forderungen haben also offenkundig den Zweck, den bisher mit nicht unbedeutlichem Erfolg geführten Lieferstreik die Krone aufzusetzen.

Wir verkennen durchaus nicht, daß es Landwirte gibt, die im Interesse der Produktionssteigerung glauben, die freie Wirtschaft fordern zu müssen. Von den maßgeblichen Führern des Reichslandbundes können wir das nicht annehmen. Wären sie von der Unmöglichkeit der Umlage so überzeugt, so hätten sie es nicht notwendig gehabt, die Erntestatistik zu fälschen, indem sie ihre Anhänger zur Hinterziehung der notwendigen Angaben über Getreideanbau aufforderten. Es ist auch unrichtig, wenn man zum Beweis für die produktionserhöhende Wirkung der freien Wirtschaft die diesjährige Kartoffelernte heranzieht, denn an ihr ist weniger die Landwirtschaft, als der Regengott schuld, der die Kartoffelernte ebenso begünstigt, wie er die Getreideernte beeinträchtigt hat.

Eine neue Heraushebung des Umlagepreises aber ist unbegründet, solange die zum zweiten Drittel der Umlage gehörigen Mengen nicht gegen den für diese festgesetzten Preis zur Ablieferung gelangt sind. Voraussetzung muß sein, daß die zu dem einmal festgesetzten Umlagepreis abzuliefernden Mengen auch tatsächlich abgeliefert werden. Die bürgerlichen Parteien haben sich bei der letzten Korrektur der Umlagepreise nicht daran gekümmert, und es ist sehr zu befürchten, daß sie auch jetzt den Agrariern ohne weiteres nachgeben werden. Um so mehr wird die Sozialdemokratie darauf bedacht sein müssen, zu verhindern, daß der Lieferstreik noch durch Preisaufschläge begünstigt wird.

Die Schützer der Mordorganisationen.

Der Preussische Landtag beschäftigte sich am Donnerstag mit der Anfrage der Deutschnationalen über das Verbot des Jungdeutschen Ordens und des Deutschvölkischen Schutzbundes und Trutzbundes, die zusammen mit Anfragen und Anträgen der Kommunisten über monarchistische Veranstaltungen und über das Gesetz zum Schutze der Republik behandelt wird.

Nach der Begründung der verschiedenen Anfragen erklärte Minister Severing: Nicht die Programme des Jungdeutschen Ordens und des Schutzbundes und Trutzbundes sind bei meinem Verbot maßgebend gewesen, sondern Geist, Ziel und Tätigkeit der betreffenden Organisationen. Den Kommunisten aber muß ich sagen, daß ihre Politik nur eine Verführung für die Arbeiter bedeutet. Kontrollausschüsse dürfen sich keine behördlichen Aufgaben anmaßen; solche Ausschüsse der kommunistischen Partei kann und werde ich nicht dulden. (Zwischenrufe der Kommunisten.) Um die Volksernährung sicherzustellen, müssen wir alle Kräfte bereistellen. Die Landwirte dürfen nicht durch Gewisslatsen bei ihrer Arbeit behindert werden. Ich will verhindern, daß wir zu russischen Händen kommen. (Lachen b. d. Komm.) Das Vorkaufsrecht angeht.

Volksstimme

Einzelpreis 20.00 M.

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Einbau, Magdeburg. — Druck und Verlag von M. Pianta & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprech-Anschluß: für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. Postfachnummer 2, Nachtraa, Seite 110.

Bezugspreis: Monatlich 400.00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Postgebühren monatlich 385.00 Mark. — Anzeigengebühr: die 10gehaltene Spaltenzeile 34.00 Mark, auswärts 39.00 Mark. — Reklameteil Seite 120.00 Mark, auswärts 140.00 Mark. Vereinstafel der Seite 24.00 Mark. Anzeigenrabatt geht bei wenn nicht binnen 10 Tagen Zahlung erfolgt. Postfachkonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 282.

Magdeburg, Sonnabend den 2. Dezember 1922.

33. Jahrgang.

Der Segen der Reaktion.

Der Faustschlag Poincarés auf dem grünen Pariser Regierungstisch, der mit der Ankündigung neuer Gewalttaten gegen Deutschland schloß, hat bisher einen praktischen Erfolg gehabt. Die Regierungschefs der Ententestaaten treffen sich wahrscheinlich in der Zeit vom 8. bis 10. Dezember in London, um die Reparationsfrage erneut aufzurollen. Ueber das von Deutschland gewünschte Moratorium, über die endgültige Festsetzung der deutschen Schulden, die Frage der interalliierten Schulden und die Frage der eventuell Deutschland gegenüber zu ergreifenden Zwangsmaßnahmen soll dort gesprochen werden.

Für uns liegt vorläufig kein Anlaß vor, dieser Konferenz mit Optimismus zu begegnen. Allzuoft haben sich die alliierten Staatsmänner zusammengesetzt, um das Reparationsproblem zu lösen. Immer ohne Erfolg, ohne ein Ergebnis, das Europa zur Gesundung verhelfen könnte. Immerhin aber besteht zwischen den bisherigen Konferenzen und der jetzt angelegten Beratung ein Unterschied. Man will in den kommenden Tagen offiziell neben der Frage der deutschen Schulden auch die der interalliierten Schulden erörtern, während noch bis in die jüngste Zeit hinein von England eine Erörterung des interalliierten Schuldenproblems abgelehnt wurde. Wenn England seine Auffassung jetzt geändert hat, dann geschieht das in Anbetracht seiner schwierigen außenpolitischen Situation, die Poincaré auch diesmal auszunutzen will.

Mit der gemeinsamen Besprechung des Reparationsproblems und der Frage der interalliierten Schulden ist die Frage der Reparationen sicherlich noch nicht gelöst. England wird als Bedingung für einen Schuldenerlaß ein ähnliches Verhalten der amerikanischen Regierung verlangen. Ob Amerika bereit ist, die französischen Schulden zu reduzieren, ohne daß Frankreich seine Armeestärke herabsetzt und seine Flotte abrüstet, ist sehr fraglich. Wünscht Frankreich ernsthaft ein Ergebnis dieser Konferenz, dann werden auch von seiner Seite Zugeständnisse politischer Art gemacht werden müssen.

Poincaré hat mehrfach, zuletzt noch in allerjüngster Zeit, erklärt, daß er bereit ist, bei einer Reduktion der französischen Schulden wenigstens vorläufig auf einen Teil der deutschen Reparationsverpflichtungen zu verzichten. Damit würde gleichzeitig ein Vorwand wegfallen, den Frankreich bisher zur Begründung seiner Forderung auf Befestigung des Ruhrgebiets anführte. Allerdings der weniger gewichtige Vorwand. Dahinter lauert die alte Sier nach der Rheinergrenze, die ja den alten, den eigentlichen Plan des französischen Imperialismus enthüllt: das deutsche Rheinland in französischen Besitz zu bringen.

Man weiß jetzt aus Lardieus Buch über den Frieden, wie hartnäckig Clemenceau und Lardieu auf der Pariser Friedenskonferenz in den ersten Monaten des Jahres 1919 um die Rheingrenze gekämpft haben. Viele Wochen lang haben Wilson und Lloyd George gerungen, um die französische Forderung nach der Annexion des Rheinlandes abzuwehren. Sie haben Frankreich die gewichtigsten Zugeständnisse machen, haben ihm die militärische Befestigung der Rheinlande für 15 Jahre zugesichert, haben ihm schließlich, allen politischen Traditionen Englands und Amerikas entgegen, ein förmliches Schutz- und Trutzbündnis für den Fall einer Erhebung Deutschlands versprochen müssen, ehe Clemenceau auf die Forderung nach der Annexion der Rheinlande durch Frankreich verzichtet hat.

Heute regieren nun in Paris die Poincaré, die Clemenceau wegen dieses Verzichts leidenschaftlich bekämpft haben. Die Rheingrenze, das ist auch heute noch die Forderung der französischen Militaristen. Die Annexion der deutschen Kohlenreviere am Rhein, das ist auch heute noch die Forderung der französischen Schwerindustrie. Wie die deutschen Kohlengrubenbesitzer während des Krieges die Annexion der französischen Erzreviere verlangt haben, um das Eisenerz mit der Kohle in ihrer Hand zu vereinigen, so verlangt heute die französische Eisenindustrie die Annexion der deutschen Kohlenreviere, um die Kohle mit dem Eisenerz in ihrer Hand zusammenzuführen. Mit der zeitweiligen Okkupation des Ruhrgebiets hat Frankreich schon oft gedroht; mit der „Beschlagnahme“ der Rheinlande droht es erst, seitdem in London Bonar Law, in Italien Mussolini und in Berlin Cuno registriert. Der „Kurs noch rechts“ wird zur fürchterlichsten Gefahr für das deutsche Volk.

Es wird sich nun bald zeigen, ob neben Italien, das unter Mussolini mitmacht, auch England unter Bonar Law für die französischen Pläne zu haben sein wird. Vorläufig glauben wir das noch nicht. Die englische Arbeiterpartei ist zu stark angewachsen, als daß die englischen Kon-

servativen sich eine so weitgehende, wenn auch nur passive Unterstützung der französischen Gewaltpläne erlauben dürften.

Poincaré fährt allerdings das schwerste Geschütz auf. Er droht mit seinem Rücktritt, wenn er in London und Brüssel nicht zu seinem „Rechte“ kommen sollte. Aber wenn Bonar Law auch möchte, er wird es nicht wagen dürfen. Seine Mehrheit von 70 Stimmen kann leicht zu einer Minderheit werden, und die englische Arbeiterpartei steht dann als erste Oppositionspartei zur Nachfolge bereit. Vor dieser Wendung muß der Führer der englischen Konservativen zurückweichen. Das ist unsere Hoffnung.

Daneben zwingen wirtschaftliche Gründe die englische Regierungspartei, den französischen Imperialisten Widerstand zu leisten. Die Vereinigung der deutschen Kohle mit den Erzen Frankreichs, Döhringens und Luxemburgs dient nicht Englands Interesse. Wenn aber der englische Widerstand nicht fest genug sein sollte, Frankreich an seinem Vorhaben zu hindern, dann kann Deutschland in Krisen gestürzt werden, die das ganze Staatenhyem Europas schwererschüttern, internationale Verwicklungen ernstester Art heraufbeschwören würden.

Da redet man von „Sanierung“ und „Stabilisierung“, die der Kurs nach rechts bringen werde! In Wirklichkeit verschärft gerade jeder Sieg der Reaktion die Gefahren internationaler Verwicklungen und macht gerade er dadurch jede Stabilisierung des europäischen Staatenhyems, jede Sanierung des europäischen Wirtschaftslebens unmöglich. Das ist der Segen der Reaktion. Die wirkliche Sanierung, die wirkliche Stabilisierung kann nur der Kurs nach links bringen.

Die geheimen Besprechungen der Industrie.

Sie haben mit Mitgliedern der Reparationskommission gelauscht und geredet, maßgebende deutsche Wirtschaftsführer volksparteilichen Erpräges. Der volksparteiliche Führer Stresemann hat mit dem Franzosen Barthou, dem Vorsitzenden der Reparationskommission, lange Besprechungen gehabt. „Unter vier Augen.“

Saben die prominenten Volksparteiler mit den Siegern über das gute oder schlechte Wetter gesprochen oder über die neueste Herrenmode oder über die besten Löffel? Nach der „Magdeburgerischen Zeitung“ scheint es so. Sie legt den Besprechungen nicht den geringsten Wert bei. Vor allem haben sie mit dem Sturze der Regierung Wirth und der Entstehung des Ministeriums Cuno nichts zu tun. Wer etwas anderes behauptet, lügt entweder oder verleumdet, ist unanständig oder borniert.

Danach ist die volksparteiliche Berliner „Zeit“, die größere und gewichtigere Schwester der „Magd. Ztg.“, auch unter die Lügner und Verleumder gegangen. Von der Not getrieben, muß die „Zeit“ es „begreiflich“ finden, daß die Herren, die der französischen Seite Versprechungen gemacht haben sollen, sich melden“. Und die „Zeit“ fügt hinzu:

Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei sind sicher nicht darunter. Wohl aber ist es zutreffend, daß die Schwereindustrie zu einer Verständigung mit der französischen Schwerindustrie bereit ist. Bezeichnend dafür ist die Rede, die der Reichstagsabgeordnete Böglers kürzlich auf der Tagung der Eisenhüttenleute gehalten hat. Die Schwerindustrie ist zur Mitarbeit bereit, verlangt aber nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Zugeständnisse auf der Gegenseite, insbesondere die Befestigung oder Wiederrückführung der Besetzung und die endgültige Regelung der Entschädigungsfrage innerhalb der Grenzen unserer Leistungsfähigkeit.

Auf die „Bedingungen“ kommt's nicht an. Der Besiegte kann schwer Bedingungen stellen. Barthou hat die Worte Stresemanns, die dahin zielten, schweigend überhört. Aber auf die Bereiterklärung zur Mitarbeit kommt's an und auf die Vorlegungen der Wirtschaftsführer, daß das Ministerium Wirth zu schwach sei, um Bindungen eingehen zu können; dazu wäre nur die Industrie imstande, wenn sie an der politischen Macht teilnehme.

Die volksparteilichen Besprechungen mit der Reparationskommission waren ja nur der Schlüsselstein in einem langen Feldzug. Seit Monaten ist von der Schwerindustrie unter Vorantritt der volksparteilichen Organe ein Kampf geführt worden mit dem Ziele, die kapitalistischen Einflüsse in der Reichsregierung zu stärken. Dem Inland wurde gesagt, die äußere Lage würde dadurch verbessert, da die Welt dann zu Deutschland mehr Vertrauen haben würde. Dem Ausland wurde der Gedanke nahegelegt, Deutschland könne durch die Zurückdrängung sozialdemokratischer Einflüsse

leistungsfähiger gemacht werden. Als nun die Reparationskommission in Berlin anwesend war, haben sich prominente Wirtschaftsführer und der Abg. Stresemann an sie herangepircht und wenige Tage nach ihrer Abreise ihr Ziel erreicht, mit einem Wirtschaftsführer als Reichskanzler und einem volksparteilichen Reaktionär als Wirtschaftsminister maßgebenden Einfluß in der Regierung zu erhalten, weil die Demokraten und das Zentrum ihnen auf den Heimtrocken.

Die sozialdemokratische Enthüllung über das geheime Treiben ist den volksparteilichen Kreisen natürlich überaus peinlich. Die „Zeit“ geht in der Verlegenheit sogar so weit, die Teilnahme von Volksparteilern zu bestreiten. Ist denn Stresemann, der mit Barthou verhandelt hat, aus der Volkspartei ausgeschieden?

Für die Regierung Cuno ist die Enthüllung noch drückender. In Börsenkreisen wurde daher schon das Gerücht von dem Rücktritt des Ministeriums Cuno verbreitet. So ernst wird der Fall von Leuten angesehen, die nicht in der Redaktion der „Magdeburgerischen Zeitung“ sitzen.

Brotverteurer an der Arbeit.

Der Reichslandbund hat dem bisher noch nicht existierenden Reichsernährungsminister, für den der deutsche nationale Staatssekretär Heimrich die Geschäfte führt, eine Reihe von Forderungen unterbreitet, deren Endzweck die Verminderung der Umlage, die Einführung der freien Getreidewirtschaft und die Schaffung einer allgemeinen Brotzuschußsteuer zur Verbilligung des Brotes aus wucherisch verteuertem Getreide ist. Bezeichnend ist dabei, daß die Landwirte diese Forderung aufstellen, obwohl in einer Reihe von Bezirken mit schlechteren Erntergebnissen die Umlage bereits herabgesetzt worden ist, gleichwohl aber die Pflichtablieferungsmenge trotz Verlängerung der Lieferzeit nicht zur Ablieferung gelangte. Die Forderungen haben also offenkundig den Zweck, den bisher mit nicht unbeträchtlichem Erfolg geführten Lieferstreik die Krone aufzusetzen.

Wir verkennen durchaus nicht, daß es Landwirte gibt, die im Interesse der Produktionssteigerung glauben, die freie Wirtschaft fordern zu müssen. Von den maßgeblichen Führern des Reichslandbundes können wir das nicht annehmen. Wären sie von der Unmöglichkeit der Umlage so überzeugt, so hätten sie es nicht notwendig gehabt, die Erntestatistik zu fälschen, indem sie ihre Anhänger zur Hinterziehung der notwendigen Angaben über Getreideanbau aufforderten. Es ist auch unrichtig, wenn man zum Beweis für die produktionszerstörende Wirkung der freien Wirtschaft die diesjährige Kartoffelernte heranzieht, denn an ihr ist weniger die Landwirtschaft, als der Regen Gott schuld, der die Kartoffelernte ebenso begünstigt, wie er die Getreideernte beeinträchtigt hat.

Eine neue Heraussetzung des Umlagepreises aber ist unbegründet, solange die zum zweiten Drittel der Umlage gehörigen Mengen nicht gegen den für diese festgesetzten Preis zur Ablieferung gelangt sind. Voraussetzung muß sein, daß die zu dem einmal festgesetzten Umlagepreis abzuliefernden Mengen auch tatsächlich abgeliefert werden. Die bürgerlichen Parteien haben sich bei der letzten Korrektur der Umlagepreise nicht daran gekümmert, und es ist sehr zu befürchten, daß sie auch jetzt den Agrariern ohne weiteres nachgeben werden. Um so mehr wird die Sozialdemokratie darauf bedacht sein müssen, zu verhindern, daß der Lieferstreik noch durch Preisauflage begünstigt wird.

Die Schützer der Mordorganisationen.

Der Preussische Landtag beschäftigte sich am Donnerstag mit der Anfrage der Deutschnationalen über das Verbot des Jungdeutschen Ordens und des Deutschvölkischen Schutzbund und Trutzbundes, die zusammen mit Anfragen und Anträgen der Kommunisten über monarchistische Veranstaltungen und über das Gesetz zum Schutze der Republik behandelt wird.

Nach der Begründung der verschiedenen Anfragen erklärte Minister Seevering: Nicht die Programme des Jungdeutschen Ordens und des Schutzbund und Trutzbundes sind bei meinem Verbot maßgebend gewesen, sondern Geist, Ziel und Tätigkeit der betreffenden Organisationen. Den Kommunisten aber muß ich sagen, daß ihre Politik nur eine Verführung für die Arbeiter bedeutet. Kontrollausschüsse dürfen sich keine beschränkten Aufgaben anmaßen; solche Ausschüsse der kommunistischen Partei kann und werde ich nicht dulden. (Ende der Zwischenruhe der Kommunisten.) Um die Volksernährung sicherzustellen, müssen wir alle Kräfte bereitstellen. Die Landwirte dürfen nicht durch Gewalttaten bei ihrer Arbeit behindert werden. Ich will verhindern, daß wir zu russischen Ruheständen kommen. (Lachen b. d. Komm.) Was Klassenfunde angeht,

Bürgerliche Wahlangst.

Durch die Presse ging die Nachricht, daß spätestens im Frühjahr Stadtverordnetenwahlen stattfinden sollen. Bei den bürgerlichen Fraktionen im Magdeburger Stadtparlament wurden damit offenbar allerlei irrtümliche Meinungen geäußert. Ihre Wähler werden sie ja auch fragen: Was habt ihr eigentlich im Rathaus geleistet? Darauf zu antworten, wird ihnen sehr schwer werden. Ihre Politik in annähernd 4 Jahren war der Ausdruck vollkommener Stillschließung. Es gab keine Frage von Bedeutung, in der von ihrer Seite irgendwelche praktische Lösung angegeben wurde. Da in der Stadtverordneten-Versammlung eine rote Mehrheit sitzt, hat man in bürgerlichen Kreisen sicher erwartet, daß die bürgerlichen Vertreter der „herrschenden Richtung“ entschiedene Opposition entgegenzusetzen. Auch dazu hat es nicht gereicht. Eine Oppositionspartei, die ernst genommen werden will, muß ein Ziel haben.

Die bürgerlichen Fraktionen wußten niemals, was sie wollten. Sie redeten zwar sehr viel vom Sparen, fanden aber niemals Gelegenheit, finanziell schwerwiegende Vorlagen abzulehnen, weil eben auch sie die Notwendigkeit einsehen mußten. Sie eiferten gegen die gescheiterte sozialdemokratische Fraktion bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit, und trauten doch immer hinter ihr dach mit hängenden Ohren wie kleine Esel.

Die Nachkriegszeit fordert von jedem Menschen, der an öffentlichen Dingen mitarbeitet, Verantwortung und Beständigkeit. Die bürgerlichen Fraktionen haben gräßliche Furcht, daß sie sich verantworten sollen in der Öffentlichkeit. Deshalb machen sie jetzt grimmigen Theaterspektakel, führen groteske Komödien im Stadtparlament auf, um der bürgerlichen Wählerschaft wenigstens so etwas wie entschiedene Kommunalpolitik im antihygienischen Sinne vorzutauschen. Wer kein Geld ist, spielt gern den Helden. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Herren von den Demokraten und Rechtsparteien doch immer sehr deutlich erkennen lassen, daß sie keine Löwen sind, auch wenn sie ungeheuer mutig und erheblich brüllen. Am Donnerstag haben sie es in komischer Ehrbarkeit gesagt. Der Stadtverordnete Bohner, Führer der Demokraten, hat treuherrlich erklärt: Wir — die bürgerlichen Parteien — werden mit Ihnen — den Sozis — in einen Topf geworfen und „wir wollen aus diesem Topf heraus“. Sie haben zwar im wesentlichen den Vorlagen zustimmen müssen, aber nun wollen sie aus dem Topf heraus. Das brauchte ihnen doch keine Sorge zu machen, sie sollten den Wählern ehrlich sagen, wie amöblos ihre Anwesenheit im Stadtparlament war, dann konnten sie sicher und gewiß „aus dem Topf heraus“.

Demokratische „Republikaner“.

Es handelte sich um die Straßenumbenennung. Die Demokraten fragten an, was die neuen Straßennamen über die Kosten. Darüber konnte der Magistrat keine abschließende Antwort geben, denn die Schilder sind noch nicht angefertigt. Trotzdem behauptete der Stadtverordnete Müller, der in solchen Fällen gern „Schäbi“, die Schilder verursachten eine Ausgabe von 1 Million. In der „Magdeburger Zeitung“ wird diese Summe der Bürgerchaft weitergemünzt, also hat jeder Stammtisch wieder seine Unterhaltung.

Der Stadtverordnete Bohner erklärte, er stehe und falle mit der Republik. Er ist auch für republikanische Straßenumbenennungen, damit die Staatsform gleichsam sichtbar wird. Aber er will kein Geld ausgegeben haben für Umbenennungen. Als Lehrer dürfte er doch nichts dagegen haben, daß die Republik für Erziehungszwecke Aufwendungen macht. Ein Stuhl Erziehung ist es, wenn monarchistische Bezeichnungen, die einmal Byzantinertum und Servilität angebracht hat, wieder entfernt werden von republikanischen Werten. Das ist auch eine „produktive“ Maßnahme. Die Republik muß ihre Kraft, ihre Festigkeit zeigen auch in kleinen äußeren Dingen, das bedeutet Ruhe und Stetigkeit in Arbeit und Verkehr. Das deutsche Volk hat schon zu oft die Erfahrungen machen müssen, daß es ein Unglück — vor allem auch ein wirtschaftliches Unglück — ist, wenn die Republik zu der alle schaffenden Menschen stehen, schwach erscheint. Siehe Kapp-Putsch und die politischen Meuchelmorde.

Aber die Demokraten und ihre Nachbarn von rechts haben ein kurzes Gedächtnis für derartige Dinge. Als Rathenau ermordet worden war, die Hunderttausende der Republikaner aufmarschierten, wagte keiner von den Bürgerlichen ernstlichen Einspruch zu erheben gegen die republikanischen Bezeichnungen. Sie haben diese Tage vergessen und haben den Zusammenhang zwischen politischen Ereignissen und Wirtschaftslage noch nicht begriffen.

Sozialisierungsgesetz.

Wenn bei ihnen wirklich der Wille und die Einsicht vorhanden wäre, wirtschaftliche Gesundung herbeizuführen, der Stadt Kosten zu ersparen, dann hätten sie eine andre Stellung einnehmen müssen, als über eine Beteiligung der Stadt mit 250 000 Mark an der Bauhütte verhandelt wurde. Als der große Zusammenbruch gekommen war und das deutsche Volk wieder an friedliche Arbeit gehen mußte, waren sehr viele Schwierigkeiten zu überwinden. Arbeit muß uns retten! hieß es damals. Und von Behörden und auch bürgerlichen Wirtschaftspolitikern — die ehlich waren — wurde es begrüßt, daß sich Arbeiter zu Arbeitsgemeinschaften zusammenschlossen und ohne Privatunternehmer und Unternehmergewinn am Wiederaufbau teilnehmen wollten. Wie oft wurde auf den Fleiß der Magdeburger Arbeitsgemeinschaft für Bauarbeit hingewiesen, die besetzt war von eifernem Schaffenswillen. Die Stadt hat zu ihrem großen Vorteil bei eigenen Bauarbeiten erfahren, welcher Nutzen heraussprang, wenn die Arbeiter angepornt werden durch den Gedanken der Gemeinlichkeit. Aus der Arbeitsgemeinschaft ist die Bauhütte geworden, die

dem Gemeinwesen großen Nutzen bringt. Sie hat sich entwickelt. Ihre wöchentliche Lohnsumme beträgt schon 8 Millionen Mark. Gegen die Beteiligung der Stadt an der Bauhütte mit 250 000 Mark zu einem Zinsfuß von 5 Prozent heben nun die bürgerlichen Wähler, vor allem der biederer unparteiische „General-Anzeiger“, redeten und stimmten die bürgerlichen Parteien. Stadt. Zehle nannte die Beteiligung „schleichende Sozialisierung“.

Der Sozialisierungsgesetz ging wieder um. Das ist das letzte Mittel. Stadt. Feldhaus, der zur demokratischen Stadtverordneten-Fraktion gehört, im Verhältnis aber volksparteilicher Redakteur ist, nannte in seiner Zeitung und in seinen Neben sogar die Haushaltungs- und Frauen-Gewerbeschule eine kommunalisierte Anstalt. Bei dieser Gelegenheit haben die Demokraten übrigens reichlich Lorbeeren geerntet. Erstens redeten sie brav durcheinander, sie waren wieder einmal auseinandergefallen. Die demokratische Stadtverordnete Grube sprach schon von den „bereinigten Herren“ in ihrer Fraktion. Sie wollte die Männer ihrer Fraktion „auflären“ über den Wert der Anstalt. Als ob es darauf angekommen wäre. Sie waren aufgeklärt, die „Männer“ der Demokratie, lobten die Anstalt in allen Tönen. Die Schule stehe einzig da in Deutschland, sie bedeute ein Stück wertvoller Kulturarbeit. Aber — die Schule wurde von dem sozialdemokratischen Stadtschulrat Löcher geschaffen, und in der Leitung der Schule sind Damen tätig, die politisch auch nicht rechts stehen — also muß kritisiert und sabotiert werden. Es wurde auf die politische Färbung der Kritik hingewiesen. Da erklärte der Stadtverordnete Feldhaus, der schon jede Vorlage über die Schule mitberaten hat, er wisse überhaupt nicht, daß der Schulrat Löcher Degenent ist. Dieser Stadtverordnete muß auf der Messe öffentlich gezeigt werden.

Einstimmig wurde der Haushaltsplan der Schule genehmigt. Darum also der Theaterdonner, darum Zeitungsartikel von unfauler Art in der „Magdeburger Zeitung“! Sie mußten wieder einmal hinter den Sozialdemokraten hertraben.

Eine unerfreuliche Vorlage war die über die Umwandlung der Bürgererschule in eine Mittelschule. Die Sozialdemokraten erstreben die Einheitschule. Jedes Kind soll nach seinen Fähigkeiten auch Bildungsmöglichkeiten bekommen. Bei dem Besuch der Mittelschule entscheidet aber nicht die Fähigkeit des Schülers, sondern der Geldbeutel des Vaters. Warum hat nun die Stadtverordneten-Versammlung dieser Vorlage zugestimmt? Weil ein gewisser Zwang vorlag. Wir haben vor einigen Monaten erfahren müssen, daß die Magdeburger Schulreform gefährdet wurde, weil sich ehemalige Volksschullehrer, die an der Bürgererschule unterrichtet haben, nicht zurückversetzen ließen an die Volksschule. Sie fanden Unterstützung beim Ministerium Boelck. Die Mittelschule verdankt ihr Entstehen auch dem Umstand, daß Lehrer — nach dem Beamtengezet — nicht „rückwärts“ versetzt werden dürfen. Die Volksschullehrer brauchen, wenn nicht die Bürgererschule, eben die Mittelschule. Das volksparteiliche Kultusministerium zeigt auch keine Geneigtheit, Schulreformen höher einzuschätzen als die Interessen „höherer“ Lehrer. Wir werden noch auf die Schulfrage zurückkommen.

Die Schulfrage wurde verhältnismäßig ruhig erledigt. Das Rampfgetöse der Bürgerlichen erhob sich bei anderer Gelegenheit. Es war nichts als Theaterlärm.

Die Stadtverordneten-Sitzung.

Magdeburg, 30. November.

Vor Beginn der Tagesordnung gibt Stadt. Vorst. Baer bekannt, daß Indiskussionen begangen seien, die das Interesse der Stadt sehr gefährden können. So hat die „Magdeburger Zeitung“ über die 300-Millionen-Anleihe der Stadt berichtet, die in geheimer Sitzung beraten war. Der Vorsteher droht mit ernstlichen Maßnahmen, wenn in Zukunft die Verschwiegenheit nicht gewahrt werden würde.

Eine ganze Reihe kleiner Vorlagen wird ohne wesentliche Debatte erledigt. Dann wird über die

Berwandlung der Bürger- in Mittelschulen

beraten. Stadt. Müller (Soz.) als Berichterstatter weist darauf hin, daß der Schulausschuß der Magistratsvorlage nur aus dem Zwange der Verhältnisse heraus zugestimmt habe. Die Regelung befriedige keineswegs und stelle einen Rückschritt, aber keine Schulreform dar. Die Stadt kann aber an den Hindernissen, die sich der Reform entgegenstellen, nichts ändern, denn alle schulreformischen Bewegungen werden durch das Ministerium für Volks- partei verhindert. Es regiert nicht mit dem Kopfe, sondern mit dem Segentheil oben.

Stadt. Fr. Behrens (Dem.) verliest einen Protest des Magdeburger Lehrerbereins gegen die Einrichtung selbständiger Mittelschulen. Der Arbeit der Schulreformer ist die Seele genommen.

Stadt. Friebe (Soz.): Der Aufstieg der Begabten aus allen Kreisen muß erreicht werden. Dazu ist nötig eine freie öffentliche Lehrerbildung und eine allgemeine Volksschule durch die Einheitschule. Die gegenwärtigen Maßnahmen dazu sind jedoch verfehlt worden. Aus finanziellen Gründen ist für die Stadt notgedrungen als Ausweg nur die Erklärung der fremdsprachlichen Klassen der Bürgererschule zum Mittelschulsystem übriggeblieben. Die Mittelschule darf aber keine Ständeschule werden. Zum Schluß begründet er einige Zusatzanträge der sozialdemokratischen Fraktion zur Vorlage.

Stadt. Wuttke (Soz.): Die Vorlage ist rückwärtlich. Daß wir ihr zustimmen, geschieht nur aus Zwang. Wäre Gerechtigkeit noch Minister an Stelle des Volksparteilers, dann wäre diese Vorlage nicht nötig. Aber die Volksschullehrer haben versagt, als es galt, Gerechtigkeit zu unterstützen.

Stadt. Henneberg (Soz.): Im Grunde unseres Herzens sind wir nicht einverstanden mit der Vorlage, aber einen andern Weg, als ihr zuzustimmen, gibt es jetzt nicht.

Die Vorlage wird darauf mit den Zusatzanträgen angenommen.

Die städtische Haushaltung, und Gewerbebeschule.

Eine lebhafteste Aussprache gibt es bei der Festlegung der Haushaltungs- und Gewerbebeschule. Der volksparteiliche Magistrat unterbreitete dem bürgerlichen Stadtschulrat Löcher ein Antrag, die „Demokraten“ unter erheblichen Bedenken der Vorlage zuzustimmen, behauptet aber, daß der Magistrat die Stadtverordneten nicht eingehend über die Entwicklung der Anstalt informiert hätte und daß die Kosten durch den Ausbau der Anstalt und die Personaleinstellung zu hoch geworden seien.

Bürgermeister Paul weist die Vorwürfe zurück. Die Anstalt ist von außerordentlichem Vorteil für die weibliche Jugend und eine segensreiche musterhafte Einrichtung. Das Schulsystem mußte zweckmäßig ausgestaltet werden. Wenn jetzt der Zuschuß 4 Millionen Mark beträgt, dann ist das nicht die Schuld des Magistrats, sondern der Geldentwertung. Vom Magistrat ist nichts veräußert worden.

Stadt. Frau Waber (Soz.): Wir sollten dem Magistrat keine Vorwürfe machen, sondern ihm Dank wissen, daß er trotz der schwierigen Finanzverhältnisse der Stadt den Ausbau dieser Anstalt durchgeführt hat. Die Aufnahmebedingungen müßten erleichtert werden. Dazu wäre es nach der Denkschrift des Stadtschulrats Löcher nötig, eine Förderklasse für besonders befähigte Volk- und Bürgererschülerinnen einzurichten, die ihnen ermöglicht, technische Lehrcur, Hauswirtschaft oder Hausbeamtin zu werden.

Oberbürgermeister Beims: Wie die Entwicklung geht, kann niemand voraussagen, auch Herr Feldhaus nicht. Es trifft auch daneben, wenn in der „Magdeburger Zeitung“ bei dieser Sache von Kommunalisierung geredet wird. Das Unternehmen ist doch ganz anders verwaltet als die Privat-Haushaltungsschule des Frauenvereins und kommt doch gerade dem Mittelstand zugute. Wenn Herr Redakteur Feldhaus jetzt glauben machen will, daß er mit der Vorlage einverstanden ist, dann steht er im Widerspruch mit seiner Zeitung. Immerhin ist es möglich, daß der Redakteur Feldhaus mit dem Stadtverordneten Feldhaus nicht übereinstimmt. Man mäkel, weil die Sache gut und einigen Frauen des Hausfrauenvereins nicht paßt.

Nach einem Rückzuge des „Demokraten“ Schüster wendet sich Stadtschulrat Löcher noch einmal scharf gegen die Angriffe des Stadt. Feldhaus. Die Erlaubnis zu dem eingeschlagenen Weg ist von den Stadtverordneten gegeben worden. Er wies besonders darauf hin, wie außerordentlich die Lehrkräfte der Schule arbeiten, was sie für Nebenarbeiten unentgeltlich geleistet haben und welche Ersparnisse die Stadtverwaltung durch diese freiwilligen Arbeiten der Lehrkräfte erreicht hat. Die Nebenbetriebe der Anstalt erhalten sich selbst und haben sogar für das Institut Ueberflüsse abgeworfen.

Stadt. Fr. Behrens (Dem.) bestätigt die Angaben des Stadtschulrats. Auf die Einrichtung der Anstalt und der modernen Führung des Betriebs kann Magdeburg stolz sein. Alles was dieser Schule helfen und sie fördern kann, muß getan werden.

Die Vorlage wird dann einstimmig genehmigt; auch der Kritiker Feldhaus stimmt zu.

Die Bürgerlichen gegen die Bauhütte.

Die Vorlage über Erhöhung des Anteils der Stadt am Stammkapital der Bauhütte Magdeburg G. m. b. H. von 50 000 auf 250 000 Mark ruft die Bürgerlichen gegen dieses gemeinnützige Unternehmen auf den Plan. Wieder ist es der volksparteiliche Demokrat Feldhaus, der gegen den Magistrat auftritt, weil er Geld zur Unterstützung von Nebenarbeiten hergibt. Er wirft überall eine bestechende Kommunalisierung.

Stadt. Blumhahn (Soz.) weist darauf hin, daß die Bauhütte preisregulierend wirkt und der Stadt ungeheure Gelder gerechelt hat. Sie hat auch die Produktionskraft der Arbeiter gesteigert. Weil also die Bauhütte Aufwandes geleistet hat, lehnen die Bürgerlichen die Unterstützung ab.

An der Debatte beteiligt sich noch eine ganze Reihe von Rednern, dann wird die Vorlage gegen die Bürgerlichen angenommen.

Bewilligungen.

Ein Vorstufkredit von 300 000 Mark zum Abruch des Laboratoriumsgebäudes auf der Zitadelle wird bewilligt. Das Gebäude ist zum Wohnungsbau ungeeignet. Der Umbau der Feuerwache Sudenburg erfordert die Verhärtung des Hochbauhaushalts um 1 400 000 Mark. Zur Vornahme von Ausbesserungsarbeiten am Zufahrtsweg im Vogelgefangen werden 114 000 Mark bewilligt und schließlich der Kredit für den Ausbau von Wohnungen im städtischen Grundstück Johannisstraße 3c auf 720 000 Mark erhöht.

Der große Wasserprozeß der Stadt gegen eine ganze Anzahl von Industrien ist jetzt nach 25jähriger Dauer durch einen Vergleich beendet worden. Das Recht der Wassereinnahme aus der Elbe ist der Stadt grundsätzlich zugesichert.

Gegen die republikanisch-monarchistische Demokratie.

Die Angst vor ihren Wählern und vor der Entrüstung der Spießbürger wegen der selbstherrlichen Straßenumbenennungen treibt die „Demokraten“ zu der Anfrage, welche Kosten durch die Straßenumbenennung eintausenden Merkwürdigerweise gibt sich Stadts. Dr. Bohner dazu her, für seine Volksparteiler den Prügelknaben abzugeben.

Auf die Angriffe erwidert Oberbürgermeister Beims mit erfreulicher Deutlichkeit. Der Zweck der Anfrage ist nicht die Sorge um die Kosten, sondern die Absicht, aus Agitationsbedürfnis die Frage der Umbenennung der Straßen wieder in den Öffentlichkeit aufzurollen. Die Demokraten legen wohl ein Lippenbekenntnis zur Republik ab, aber treten nicht auf gegen die Unterwürfer der Republik. Sie schämen sich sogar dessen, was sie nach dem Rathenau-Mord getan haben. Bei Umbenennung der Hohendöbeleber Straße in Rolkestraße und der Steinbüchsenstraße in Hindenburgstraße hat sich kein Bürgerlicher über die Kosten aufgeregt. Wenn die republikanischen Straßennamen auf die Bürgerlichen aufreißend wirken, so wirkt auch das Kaiser-Wilhelm-Denkmal auf die Arbeiterchaft aufreißend. Die Straßenumbenennung ist so mild und maßvoll wie möglich durchgeführt worden.

Stadt. Blumhahn (Soz.): Was hat dem deutschen Volke der Rathenau-Mord getan, danach sollten die Demokraten fragen, nicht aber danach, was sollen die neuen Straßennamen der Rathenau-Straße. Durch Umbenennung der Beumannstraße wird nicht das Andenken an die Gefallenen getilgt, sondern das Andenken an die unsinnigen Kriege. Und das ist notwendig. Zu der Angelegenheit sprechen noch die Stadtv. Zehle, Seibte und Müller von den Rechtsparteien und Henneberg von den Sozialdemokraten. Der Vorstoß der Bürgerlichen ist vollkommen mißglückt. Sie haben wegen ihrer Schwächen und schwankenden Haltung gegenüber der Republik eine wohlverdiente Zurückweisung erhalten.

Schnelbed.
Mittelhandelskategorie im „Stadtpart.“
Annahme der Gegen- 1. 12. 1919
Rände n. r. 2. 12. 1919
Verkauf der Gegen- Donnerstag, 7. 12. 1919
Rände n. r. Freitag, 8. 12. 1919
Eintrittspreis 2 Mk.
Für Befreiung des Abschnitts 3 der Stadtkarte treten folgende Höchstpreise für Schnelbed und Groß-Säge in Kraft:
1 Einheitslot im Gewicht v. 1900 Gramm 20.-
1 Scalendrot im Gewicht v. 1900 Gramm 30.-
1 Richtmaß 50 Gramm 7.-
1 Richtmaß 500 Gramm 17.-
Die Magistrats Schnelbed, Groß-Säge.

Süßstoff-Preise im Dezember

1 H-Raumung = Süßkraft von rechl. 1 Pfund Zucker
Mark 36.00
Zugänglich zum Kochen, Backen usw.
Kann mitgekocht werden.
Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogeriehandlungen und Apotheken.

Tabletten hab. die Süßkraft von je 1/4 Würfel Zucker
Schachteln mit 100 200 500
Mk. 53.00 105.00 253.00
zum Süßen von Kaffee, Tee usw.

Puppen-Reparaturen!

Empfehle Puppen-Gruppen, Puppen, Stoffe, Seile u. Unterlagen zur reiner Arbeit
Puppenmit 6. Liebe etc. Johannsberg

Bilderbücher

empfehle Buchhandlung Volkstimme.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 1. Dezember 1922.

Schweres Sterben.

Das Leben ist ein wilder Tanz, mancher Zeitgenosse hat den Gefallen daran verloren und möchte sich ausruhen. Es gibt nicht viel, die auf ein Ausruhen in dieser Welt hoffen können, deshalb wird häufig der Wunsch geäußert: Du möchtest deine Ruhe haben in dem engen Brettergehäuse, das - bisher - für jeden einmal bereitstand. Dieser Wunsch ist zwar in der Regel nicht ernst gemeint, denn wenn der Herr Senfmann die sechs Bretter in Aussicht stellt, hat man doch allerlei Einwendungen und findet die Welt und ihr Licht noch ganz gut. Im übrigen ist das Sterben auch nicht so leicht, wenn man an die Riten denkt, die eine Fahrt ins Schattenreich heute verursacht.

Schon die Gebühren für Transport und Grab sind gewaltig gestiegen. Die Bestattung eines Kindes kostet in Magdeburg nach den neuen Sätzen 2500 Mark in der ersten und 1500 Mark in der zweiten Einkommenklasse. Es gibt viele Eltern, die nicht in der Lage sind, diese Summe aufzubringen. So kommt es denn oft vor, daß ein Vater oder eine Mutter ihr totes Kind selbst zu Grabe trägt. Für Erwachsene schmonten die Kosten für eine Beerdigung, auch ohne die Kosten des Sarges, von 13 500 Mark bis 2800 Mark, wobei zu bedenken ist, daß diese Preise in aller nächster Zeit wieder erheblich erhöht werden müssen. Hierzu treten noch die Kosten für den Sarg. Die Preise bewegen sich noch zwischen 8000 und 14 000 Mark, sie werden aber nicht lange auf dieser Höhe verharren und weiter steigen. Wenn ein Sarg gekauft werden muß in dieser Preislage, dann ist das auch ein wirtschaftliches Unglück für die meisten Familien.

Es ist eine selbstverständliche Pflicht der Behörden, Schritte zur Vereinfachung und Verbilligung des gesamten Bestattungswesens zu unternehmen. Es wird damit zu rechnen sein, daß auch in Magdeburg Umstellungen und tiefgehende Änderungen im Begräbniswesen eintreten. In erster Linie soll der Sarg umgestaltet werden. Durch eine zeitgemäßere Form dieses letzten Hauses kann reichlich die Hälfte des Holzes erspart werden, was bei den fabelhaften Holzpreisen schwer ins Gewicht fallen wird. In anderen Städten sind verschiedene Versuche gemacht worden, um mit Hilfe von Gips und Drahtgeflecht Särge herzustellen. Man rechnet hier mit einer Verbilligung von 40 bis 50 Prozent. Hier und bei einem ähnlichen Versuch muß der Erfolg abgewartet werden. Etwas weiter ist der Versuch mit der sogenannten Attrappe oder dem Leichsarg geblieben. Hierbei handelt es sich um folgendes: Der eigentliche Sarg, in dem die Leiche ruht, besteht aus einem Holzbohlen und einem Aufbau aus starkem Karton. Während des Begräbnisses wird der Kartonsarg mit der Attrappe vollständig überdeckt und an dem Boden des Sarges befestigt. Der Kartonsarg mit Attrappe wird ins Grab gesenkt. Ist die Erdbearbeitung zu Ende und haben sich die Beidtragenden vom Grab entfernt, dann wird die Attrappe vom Sarge gelöst und wieder aus dem Grab herausgenommen. Der Kartonsarg mit der Leiche bleibt im Grab zurück. Hierbei soll eine Verbilligung bis auf ein Fünftel des jetzigen Preises möglich sein. Praktisch sind diese Einrichtungen bereits in einigen Städten durchgeführt.

Eine feine Firma.

Die „Mitteldeutsche Zeitung“ hatte dem Genossen Hermann Müller alljährlich seiner letzten Reichstagsrede vorgeworfen, den Klassenkampf wiederzugeben. Artikel des Admirals Scheer über die große Koalition aus parteiagitorischen Gründen „um- und zurechtgebogen“ zu haben. Genosse Hermann Müller hat der „Mitt. Ztg.“ deshalb folgende Berichtigung gegeben:

In Nr. 825 der „Mitt. Ztg.“ vom 27. November 1922 erschien unter der Spitzmarke „Die Herr Müller-Frankens zitiert“ eine Notiz, in der Sie mir auf Grund eines meine Ausführungen stark gekürzt wiedergebenden Presseberichtes vorwerfen, daß ich im Reichstag aus einem Artikel der „Mitt. Ztg.“ Nr. 223 Worte des Herrn Admirals Scheer für meine parteiagitorischen Zwecke un- und zurechtgebogen“ hätte.

Ich erlaube Sie, auf Grund des § 11 des Pressegesetzes in der nächsten Nummer Ihres Blattes die unwahre Behauptung zu berichtigen. Ich habe in der Reichstagsrede vom 25. November 1922 aus dem Original der „Mitt. Ztg.“ Nr. 223 vom 28. März 1922 die Worte des Herrn Admirals Scheer wortgetreu wiedergelesen, und zwar nicht nur die in Ihrer Nummer 825 wiedergehalten, sondern auch den im Text folgenden Satz: „Ohne die Deutsche Volkspartei wird die Deutschnationale niemals politischen Einfluß ausüben können.“

Die „Magdeburger Zeitung“, das Organ für guten Ton und vornehme Gesinnung, hatte die feine Notiz der „Mitteldeutschen Zeitung“ auch gebracht. Aber - und das ist für die Magdeburger bezeichnend - nicht mit der Heberichsart der „Mitteldeutschen“, die Herr Müller-Frankens zitiert“, vielmehr zierte sie ihren Nachdruck mit der eignen Hausmarke. Kurz, freudig, geistreich und gewissenhaft firmierte sie die berichtfertige Arbeit ihres Kölner Schwesterorgans mit: Schwindelmüller.

Schwindelmüller! Warum sollte man die Worte erst auf die Goldwaage legen. Es handelt sich ja nur um einen Sozialdemokraten. Wir wollen nun sehen, ob und wie die „Magdeburger“ klipp und klar von der Berichtigung „Schwindelmüllers“ Notiz nimmt.

Friedens-Werbemarken.

Vom Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam, so wird uns aus dem Bureau des Metallarbeiterverbandes geschrieben, wird seit langem eine umfassende und energische Agitation gegen den Krieg, für den Frieden der Welt und die Befreiung unter den Völkern der Erde betrieben. Schon heute läßt sich sagen, daß die Tätigkeit höchst erfolgreiche bei den Arbeitern verschiedener industrieller Länder gezeigt hat. Man braucht nur auf den Umwidmung der öffentlichen Meinung in England hinzuweisen, der zum größten Teil auf die Tätigkeit der Gewerkschafts-Internationalen zurückzuführen ist.

Diese Agitation in verwickelter Lage fortzusetzen und dem Ziele „Krieg dem Kriege“ praktisch und dauernden Erfolg im Interesse der leidenden Menschheit zu sichern, hat der Internationale Gewerkschaftsbund beschlossen, einen Agitations- und Werbefonds zu gründen und zu diesem Zwecke besondere Werbemarken in künstlerischer, dem Zwecke angepaßter Ausführung herauszugeben. Für die deutschen Gewerkschaften beträgt der Wert dieser Friedens-Werbemarken 5 Mark für männliche und 3 Mark für weibliche und jugendliche Mitglieder.

Jedes Gewerkschaftsmitglied soll mindestens eine Marke einheften und in sein Mitgliedsbuch einheften. Die Verwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes gibt die Marken nach Eintreffen zum Vertrieb an die Mitglieder aus. Von unsern Mitgliedern erwarten wir, daß sie sich rasch anschließen und den geringen Betrag für den guten und edeln Zweck willig hingibt. Die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen brauchen den Frieden und die Befreiung unter den Völkern am allerhöchsten. Für uns war bisher die Behauptung internationaler Solidarität eine selbstverständliche und ganz erfüllte Pflicht. So muß es auch bleiben. Die Verwaltung.

Dieser Aufruf der Verwaltung des Metallarbeiterverbandes wird jedenfalls auch den Mitgliedern der anderen Gewerkschaften am Orte aus dem Herzen gesprochen sein, so daß er in seiner Tendenz auch für sie Geltung haben wird. Die Redaktion.

Bezirksversammlung Neue Neustadt. In der gut besuchten Versammlung referierte Genosse Ader über politische Lagefragen: Nebener schätzte die politische Entwicklung seit der letzten Reichstagswahl 1920. Durch den Ausfall derselben ist es der Reaktion möglich geworden, die Arbeiterkraft immer mehr zurückzubringen und so ihre Ansichten, die Reparationskosten allein von der breiten Masse des Volkes tragen zu lassen, immer mehr zur Durchführung zu bringen. Die Arbeiterkraft müsse endlich erkennen, daß nicht die Vertreter der Sozialdemokraten im Parlament und Regierung schuld an den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen seien, sondern die bürgerliche Mehrheit, die nur die Interessen der Großindustriellen und Agrarier vertritt. Weiter besprach Nebener die wahren Ursachen, die zum Sturz der Regierung Wirth geführt haben, die auch in der „Volksstimme“ bekanntgegeben sind. Solche Zustände darf sich das arbeitende Volk nicht länger gefallen lassen und es muß verlangen, daß dieser Reichstag mit einer günstigen Wahlparole so bald als möglich aufgelöst wird und daß dadurch dem Volke die Entscheidung darüber zugesprochen wird, ob es noch weiter nur Ausbeutungsbetrieb der Großindustriellen und Agrarier sein will. Die sehr rege Aussprache, an der sich die Genossen Behrenroth, Wb. Winger und Bernick beteiligten, bewegte sich im Sinne des Referenten. Der Vorsitzende ermahnte, aus dem Vortrag die Nutzenanwendung zu ziehen und unabhängig für Partei und Presse zu agitieren wie zu organisieren; nur so wird es möglich werden, bei der nächsten Reichstagswahl eine Stärke zu erreichen, die es uns ermöglicht machen wird, unsere alte Forderung, Erlassung der Sachverhalte, zur Durchführung bringen zu können. Der Vorschlag des Vorstandes, für das laufende Quartal eine Verjämmerungs-marke von 5 Mark einzuführen, wurde anerkannt; es wurde aber betont, daß das nur ein einmaliger Notbehelf sein darf, und daß auch die Partei ihre Beiträge so einrichten muß, daß sie allen Anforderungen gerecht werden kann. Im Verschiedenen gab Genossin Koffer bekannt, daß der Verein für Arbeiterwohlfahrt eine Weihnachtsgeschenkung veranstalten werde. Sie hat um die nötige Unterstützung. Die Versammlung machte von der gebotenen Zeichnungsmöglichkeit regen Gebrauch. Nach Beantwortung einiger Anfragen wurde die interessante Versammlung geschlossen.

Verenigte Sozialdemokratische Partei.

- Bezirk Wehrhäfen. Am Sonntag den 2. Dezember, abends 7 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung bei Hoffmeier. Ref.: Genosse Dr. Diegel. Thema: Kaluta und Teuerung.
Bezirk Rothenfelde. Am Sonntag den 3. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung bei Bräunemann. Ref.: Bezirkssekretärin Genossin Arning.
Bezirk Friedrichstadt-Werber. Am Montag den 4. Dezember abends 8 Uhr. Mitgliederversammlung im „Friedrichshof“-Turmhängenschiff. Ref.: Genosse Wuttke. (Wissenschaftl. Vortrag.)

Sitzung der politischen Betriebsvertrauensleute (Metallarbeiter)

für Ruden bei Helmig, Röhrenstraße.
für Eubenburg im „Goldenen Bock“, Halberstädter Straße.
für Wilhelmstadt im „Eisenhaken“, St. Dorotheaer Str.
für Fernerleben bei Lange.

Sitzung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute (Metallarbeiter S. G. P. D.)

im „Admiralpalast“, Schönebender Straße. Als Auswärtigen des Parteimitgliedsbuch und die gewerkschaftlichen Vertrauensmannschaften.

Die Kurkostenfrage in den städtischen Krankenhäusern sind mit Rücksicht auf die eingetretene Steigerung der Indexpfiffer ab 1. Dezember 1922 erhöht worden. Die zu zahlenden Beträge sind aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

Table with 3 columns: Category (e.g., einheimische Erwachsene), auf der all-gemeinen Abteilung, auf der Privatabteilung (2. Klasse), auf der Privatabteilung (1. Klasse). Rows include children, infants, and outpatients.

Der Satz für Berufspfleger erhöht sich auf 855 Mark täglich. Die Sätze gelten auch für Kranke, die bereits am 1. Dezember 1922 im Krankenhaus liegen. Bezüglich des Arzthonorars und der Lebenskosten verbleibt es bei den am 27. April 1922 veröffentlichten Bestimmungen. Ueber die Sätze im einzelnen erteilen die Krankenhausbewirtschaftung, Spiegelbrücke 1/2, und die Verwaltungsdirektionen der Krankenhäuser Auskunft. Ausländer müssen erhöhte Sätze zahlen.

Zur Lohnbewegung in der Holzindustrie. Der Holzarbeiterverband gibt bekannt: Die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband Magdeburg haben sich am gestrigen Tage zerlegt. Für die übrigen Branchen fanden in diesen Tagen auch die Verhandlungen statt. Die Kollegen nehmen in folgender Reihe hierzu Stellung: Die Kisten-, Büchsenfabriken, Schneidmühlen usw. am Dienstag sofort nach Arbeitschluss bei Holz in der Tischlerstraße 22, die Schiffbauer am Montag bei Schäftel, die Stellmacher am Mittwoch nach Arbeitschluss bei Koppesh, Tischlerstraße 27, und die Korbmacher am Sonntag abends 7 1/2 Uhr bei Koppesh.

Schwerbeschädigte sind voll zu entlohnen. Ein Antrag aus dem Entschädigungs-Ausschuss in Eisleben vom 23. Juni 1922 besagt folgendes: Arbeitgeber sind oft der Ansicht, daß einem Schwerbeschädigten, der selbstverständlich weniger leistungsfähig als ein gesunder Arbeiter ist, nicht der volle Lohn gewährt werden könne. In dieser Allgemeinheit kann dies nicht anerkannt werden. Leistet der Schwerbeschädigte in der Hauptsache die Arbeit, für die er bestellt ist, so muß er ebenso entlohnt werden wie jeder andre gleichwertige Arbeiter, auch wenn er für vorkommende einzelne besonders schwere Arbeiten nicht voll leistungsfähig ist. Dies gilt besonders dann, wenn in einem Betriebe die Arbeiten nach Tariflöhnen bezahlt werden und kein Unterschied zwischen geschickten und ungeschickten, zwischen fleißigen und weniger fleißigen, zwischen kräftigen und weniger kräftigen Arbeitern gemacht wird. Hat nun die geringe Entlohnung eines Schwerbeschädigten in der Hauptsache ihren Grund in der Tatsache, daß er schwerbeschädigt ist und deshalb ohne weiteres als minderbefähigt angesehen wird, so bedeutet dieses tatsächlich eine Benachteiligung der Versorgungsrente, die nach § 89 des R.-S.-G. verboten ist.

Steuerfreie Einlagen auf Sparbücher bis zu 5000 Mark. Nach Mitteilung der Sparkasse wird von der Einrichtung, monoch Steuerfreie Einlagen auf Sparbücher bis zur Höhe von 5000 Mark angelegt werden können, mit der Bestimmung, daß diese Einlagen bis zum Todesfall oder auf die Dauer von 20 Jahren gesperrt sind, pfer Gebrauch gemacht. Der § 31 dafür vorgezeichnete Höchstbetrag von 5000 Mark wird voraussichtlich in aller nächster Zeit nicht unwesentlich erhöht werden.

Haltestelle Salsfe. Uns wird geschrieben: Die zwischen den Bahnhöfen Magdeburg-Budau und Magdeburg-Südost eingerichtete Betriebshalle bei der Eisenbahn-Hauptwerkstatt Salsfe dient nicht dem öffentlichen Verkehr, sondern nur den Zwecken der Reichsbahnverwaltung. Die Betriebshalle darf daher zur Ein- und Ausbeigen nur von den Bediensteten der Eisenbahn Hauptwerkstatt und der Bahnhofsstation Magdeburg-Südost für vorübergehende von den beim Bau der Eisenbahnverbindung mitgenutzten beschäftigten Arbeitern benutzt werden. Die Reichsbahndirektion weist hierauf zur Vermeidung von Verfolgungen wegen unberechtigten Aus- und Einbeigens auf der Betriebshalle besonders hin. Den mehrfach geäußerten Wünschen, die Betriebshalle für den öffentlichen Verkehr freizugeben, kann aus beruflichen und aus wirtschaftlichen Gründen nicht stattgegeben werden.

Ernährungs- und Finanzlage der Gemeinden. Der Vorstand des Deutschen Städtebundes tagte im Berliner Rathaus unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Wb. Werkannt wurde unter anderem über die Ernährungsfrage. In dieser Verhandlung, an der auch Staatssekretär Heinrich vom Ernährungsministerium teilnahm, wurde vor allem die Notwendigkeit betont, durch Intensivierung der Landwirtschaft die heimische Produktion auf den höchstmöglichen Stand zu bringen. Die Notwendigkeit energischer Maßnahmen soll dem Reichskanzler durch eine Deputation noch besonders nahegelegt werden. Das Unterhaltungs- und Wohlfahrts-gesetz erfordert durch die notwendigen Verhandlungen über den Unterhaltungswohnstift einen Zeit- und Geldaufwand, der mit dem Zweck nicht in Einklang steht. Der Vorstand des Städtebundes stimmte daher dem von einem Ausschuss des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge aufgestellten Entwurf eines Notgesetzes zu, nach dem grundsätzlich der gewöhnliche Aufwandsort auch die endgültige Kostentragungslast bestimmen soll. Die Unterhaltungsfrage in der Erwerbslosenfürsorge sind weiter hinter dem Steigen aller Preise für den notwendigen Bedarf zurückgeblieben. Der Vorstand hält eine Erhöhung mindestens auf das fünffache der jetzigen Sätze für notwendig.

In der Arbeitsgemeinschaft des Graphischen Gewerbes sprach Redakteur Dr. Krüger über das gesamte Gebiet der aktuellen Erscheinungen, indem er eingehend und mit wissenschaftlicher Sorgfalt die Fragen der Suggestion, Hypnose, Telepathie, des Hellsehens, der Doppelgänger u. a. schärfte und unterrichtete. Viele zur Erklärung dieser Vorgänge nötigen Beobachtungen sind, wie der Redner sich zu zeigen bemühte, aus dem Alltag zu nehmen. Sie bleiben uns sehr häufig unbekannt und verfließen oft durch ihre scheinbar geheime Geheimnishaftigkeit. Erst die Beobachtung der unterbewussten Vorgänge und der Erscheinung des sogenannten Doppel-Nahs geben uns den Anhalt zum Verständnis vieler der aktuellen Vorgänge. Wichtig ist, außer dieser genaueren psychologischen Beobachtung, auf die Fehlerquellen zu achten, deren es neben bewusstem Betrug und reiner Täuscherei eine große Menge, auch bei bestem Willen, gibt. Die am meisten Aufsehen erregenden spiritistischen Vorgänge der Telekinese und der Geistesverleumdung konnten wegen der vorgekauften Zeit nur kurz gestreift werden. Der Vortrag, der die große Zuhörerschaft bis zum Schluß fesselte, soll daher auf allgemeinen Wunsch bei passender Gelegenheit eine Fortsetzung finden.

Postanträge. Vom 1. Dezember an wird der Höchstbetrag für Postanträge zur Selbstzahlung, Postprotektanträge und Nachnahmeforderungen von 30 000 Mark auf 150 000 Mark erhöht.

Siebzählung am 1. Dezember 1922. Auf die Bevölkerung zur Meldung seines Viehbestandes (Pferde, Maultiere, Felle, Rindvieh, Schafe, Schweine, Fiegen, Kanarienvögel, Ferkel, Bienenstöcke) sei nochmals jeder Viehbefitzer aufmerksam gemacht. Wer durch Vernachlässigung seines Viehbestandes auf dem nächsten Polizeibüro verurteilt wird.

Wohltätigkeitskonzert. Der Vorstand des städtischen Orchesters wird mitgeteilt, dass der Anruf des städtischen Musikvereins zur Rettung des sterbenden Mittelstandes hat das städtische Orchester veranlaßt, durch Veranstaltung eines außerordentlichen Sinfonie-Konzertes zu versuchen, der Not zu steuern zu helfen. Das Konzert findet am Donnerstag den 7. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Stadttheater statt. Auf eine Bitte des Orchesters hat sich der Generalmusikdirektor der Stadt Köln, Professor Hermann Abendroth, bereit erklärt, die Leitung des Sinfonie-Konzertes zu übernehmen, und zwar, gleich den Mitgliedern des Orchesters ohne jede Entlohnung. Da das Orchester hinsichtlich der entstehenden Unkosten überall weitgehendes Entgegenkommen findet, so hofft es, dem städtischen Wohlfahrtsamt eine namhafte Summe überweisen zu können. Die Orchestermitglieder wenden sich an alle Kreise der Einwohnerschaft mit der Bitte, ihren Idealismus zu unterstützen. Professor Abendroth gehört zu den bedeutendsten Dirigenten. Außer den berühmten Sinfonie-Konzerten in Köln leitet er ständig die Sinfonieorchester der Kapelle der Staatsoper in Berlin.

Liebevolle Gattin. Die Ehefrau des Arbeiters Langner hatte sich einen Liebhaber angeschafft, den 65-jährigen Arbeiter Wilhelm Bahrburg. Der Ehemann war nun zunächst „ab“, die liebevolle Gattin suchte für einige Zeit von ihm loszukommen. Sie erbat sich am 26. Juni d. J. bei der Polizei die Anzeige, daß ihr Ehemann ihr Missetat in das Offen getan habe, um sie zu bestrafen. Gleichzeitig überreichte sie Reste von einer aus Gulajstarkoffeln bestehenden Mahlzeit. Eine durch den Gerichtschreiber Dr. Krüger vorgenommene Untersuchung ergab tatsächlich das Vorhandensein des gefährlichen Giftes. Der Mann wurde hierauf verhaftet, aber bald wieder freigelassen, da sich die Giftlosigkeit der Mahlzeit herausstellte. Die Frau mußte zugeben, selbst den Zusatz in die Speise gegeben zu haben. In dem nunmehr folgenden Ehecheidungsprozeß machte Bahrburg über den Verkehr mit der Frau wissenschaftlich falsche Angaben. Die Folge war eine strafrechtliche Verfolgung wegen Meineids. In diesem Verfahren stellte sich dann heraus, daß er von seiner Geliebten angeheiratet worden war. Das Ende war, daß das städtische Schwurgericht die Frau zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, den Liebhaber zu 8 Monaten Gefängnis verurteilte. Klammerte hatte sich die Frau wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung zu verantworten. Der Ehemann hat ihr verzeihen. Sie kam mit einer Zuchthausstrafe von 20 Tagen Rüdchhaus davon.

Theater, Konzerte, Vorträge u.

- Städtisches Theater. Stadttheater Sonntag nachmittags 3 Uhr. Pringsheim Aufgewand; abends (2. Abend): Die Entführung aus dem Serail. Sonntag nachmittags 3 Uhr. Pringsheim Aufgewand; abends (außer Amrech): Die Frau.
Städtisches Theater. Sonntag (Vorstellung für die Soldaten): Der Schige (Bellgrüne Karten). - Sonntag (offene Vorstellung): Das Schiedsgericht; hierauf: Der Schige.
Kunstverein. Ausstellung von Aquarellen von Erik Seidel (Arbeiten von 1922) täglich außer Montag von 11 bis 4 Uhr im Kaiser-Friedrich-Bauhaus. Mitglieder haben unentgeltlichen Zutritt.

Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg.

Beiden im Wilhelmshof am Sonntag den 7. bis 8. Uhr. Leitung: Riffan und Paul Hermann. Eintritt 25 Pf. - Arbeitsgruppeneingänge: Freitag 9 Uhr Alter Markt oder 4 1/2 Uhr Ecke Große Dorotheaer Straße und Pökelstraße.

Theaterklasse der Buchhandlung Volksstimme.

Dienstag den 5. Dezember.
Münchener Abend (Volksbühne), Bismarckstraße, 7 1/2 Uhr. Mitwirkende: Schwering, Langemann (Rolle), u. a. 11 Pf.
Volksbühne, Bismarckstraße, 7 1/2 Uhr. Mitwirkende: Schwering, Langemann (Rolle), u. a. 11 Pf.
Kunstverein. Ausstellung von Aquarellen von Erik Seidel (Arbeiten von 1922) täglich außer Montag von 11 bis 4 Uhr im Kaiser-Friedrich-Bauhaus. Mitglieder haben unentgeltlichen Zutritt.

Bereine und Versammlungen.

Spisarbeiter.

Am Montag den 27. d. M. tagte in der Aula der Augustatulle die gut besuchte Generalversammlung für das 3. Quartal.

Volksport.

Vom Krach im bürgerlichen Sportlager.

Im Streit zwischen der Deutschen Turnerschaft einerseits und den drei Sportverbänden Deutsche Sportbehörde für Leichtathletik, Deutscher Fußballbund und Deutscher Schwimmverband ist eine neue Spannung eingetreten.

Um die Beilegung des Streites hatte sich der bayrische Politiker Müller (Weimingen) bemüht. Seine Vorschläge (mit Änderungen der Turner) sind von den Sportverbänden mit Gegenvorschlägen beantwortet worden, die aber von den Turnern glatt abgelehnt wurden.

Neue Formen hat der Krach zwischen den bürgerlichen Turnern und Sportlern in Württemberg angenommen, wo sich die Gegner mit den schärfsten Mitteln bekämpfen.

Fußball am Sonntag.

Table with columns: Verein, Spielfeld, Spielzeit, etc. listing football matches.

Mitteilungen der Sportvereine.

Vennedend I gegen Sportfreunde I. Am Sonntag vormittags Neben genannte Mannschaften im Spiel auf dem Rindsweg gegenüber.

Warenmärkte.

Berliner Produkten-Börse. (Ankl. Notierungen vom 30. November.)

Table with columns: Produkte, 50 Kilogramm, etc. listing market prices for various goods.

Wettervorhersage.

Sonabend den 2. Dezember: Nebel, trüb, etwas kälteres Wetter ohne wesentliche Niederschläge.

Wasserstände.

Table with columns: Ort, Wasserstand, etc. listing water levels at various locations.

Mitteilungen aus der Buchhandlung Volksstimme.

Der Bezug kann durch Benutzung von Bestellkarten der Volksbucherei erleichtert werden.

Die Kultur der Kulturlosen. Illustriert in starkem Einband 640 S. 30 M. Die Kultur der Kulturlosen. Illustriert in starkem Einband 640 S. 30 M.

Die im September bestellten Bücher, die noch nicht abgeholt sind, können nur noch bis 2. Dezember zurückgeholt werden.

MAGOL überall zu haben!

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Verwaltung Magdeburg. Branchen-Versammlungen finden statt: Schnelldrehen, Riffenfabriken u. Schleifmaschinen am Dienstag den 3. d. M.

Höchste Preise für Gold, Silber, Platin, Quecksilber. Kaufe laufend Gold-, Silber-, Platin-Brauch, Quecksilber zu Tagespreisen.

Waffenherstellende Erfindung. Die neue Heilweise im eigenen Patenteinlich auch. Selberfolge bei Krampfadern d. Darms, Galle, Gehirns, Haut, Hals, Herz, Knochen, Lunge, Magen, Nieren, Nerven usw.

Zahle Börsenpreise für Bruch u. Gegenstände aus Gold, Silber, Platin, alte Gebirge Brillanten Hauffe.

Pantoffelfabriken. In nur erstklassiger Ausführung liefert: Leichteste, kifferte Unterlederplatte und sehr leicht wiegende extra breite prima Wachslederplatten zu billigen Tagespreisen.

Konsumverein für Niederrhodelanden, Schnarsleben u. Umg. (E. G. m. b. H.) zu Niederrhodelanden. Sonntag den 9. Dezember, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Ernst Bernack in Niederrhodelanden.

Ferngläser. Zelle, Goerz usw. bis 30 000 M. pro Stück. Reiche, Bismarck, 1. pt. 1. Bild u. vom Tel. 1339.

Konsum- u. Spargenossenschaft für Groß-Ottersleben und Umgegend, E. G. m. b. H. Bilanz. An Kassa-Konto 3735.58, An Umlauf-Konto 210.00, etc.

Eisenschrank, Orchester u. Columbus-Personenwaage zu kaufen gesucht. 597 Gehilg, Lübecker Str. 103.

Ihrem schwächlichen Kinde geben Sie Lebertran-Emulsion, 'Ovophat' Hofapotheke, Breitweg 158.

Konsumverein für Hötensleben u. Umg. Sonntag, 10. Dezember 1922, nachm. 3 Uhr, 'Zum einigen Deutschland' (Alfred Stabe).

Edelmetallverwertungsstelle 15 Kaiserstraße 15. Gold, Silber, Platin. 18 000 M., rein pro Gramm.

Verkauf. Großer Posten neuer moderner Schallplatten bei R. C. F. Seyer, Kaiserstr. 97.

Herren- u. Burschen-Anzüge. Schlichter, Ulster, Palotots, Damenmäntel. Strickjacken, Kleider, Wäsche, Tailzahl, gestattet.

Dankfagung. Schätzlichen Teilnehmern an der Beilegung unseres lieben Verstorbenen sei stille und offene Teilnahme hiermit unsern herzlichsten Dank.

Tiermarkt. Sonntag abends 7 Uhr. Gertel, Bülte. Verf. bei niedr. Preisstellung. 1. Teil & 2. Teil, Viehhändler.

Arbeitsmarkt. Großhändlerhandlung in Kugeln sucht für den Verkauf von frischen Seefischen auf den Wochenmärkten einige tüchtige Händler (innen). Adressen sind niederzulegen u. B. 888 bei der Exp. d. Zeitg.

Konsum-Verein Barleben. E. G. m. H. zu Barleben. Ordentl. Generalversammlung am Sonntag den 2. Dezember 1922, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftslokal.

Verkauf. Großer Posten neuer moderner Schallplatten bei R. C. F. Seyer, Kaiserstr. 97.

Geldleihe aus als Selbstgeder bis 50 000 M. gegen Wechsel-Gicherheit! R. Rödel, 859, Schulstraße 10, 1. Etz., Eingang Schulstraße, Eprecht, 9-7, Sonntag 9-1.

Gefunden u. verloren. Gefunden: wolleger auf Herabdrück, entlaufen. Max Eckstein, Königsplatz 5, beleibt alles. Arrak, L. Schiller, Kutschstraße 17.

Restaurants u. Unterhaltungsstätten

Hofjäger

Jeden Sonntag, nachmittags 4 Uhr
Der große Gesellschafts-Ball
Das bekannt gute, 25 Mann starke Orchester
Im Kaffee und Kaffee-Saal, nachmittags 4 Uhr
Kaffee-Konzert
Jeden Dienstag, Mittwoch und Donnerstag im Kaffee
Kaffee-Konzert

Reichshalle Kaiserstraße 18/19

Inhaber: Richard Joppich
Säle und Zimmer für Vereine und Festlichkeiten
Gute Küche bei kleinen Preisen
Weinstube „Zur stillen Klausur“

Kaiserhalle

Kaiserstraße 100 / Inh. Max Richter / Fernspr. 2080
Anerkannt größte und beste Küche Magdeburgs
Gut gepflegte Biere und Weine - Bar-Betrieb

Park-Restaurant Herrenkrug

Inh.: W. Westphal Telephone 705 u. 6395
Mittwochs und Sonntags große Konzerte
Ausschank gepflegter Patzenhofer Biere
und Weine erster Häuser. Anerkannt gute Küche.

ZENTRALHALLE

Friedrichstadt Fernsprecher 7492

Zum Bodensteiner, Breitweg 168

Inh.: Karl Böhmer - mit Hackepeter-Betrieb - Fernruf 3173
Spezialauschank der Bodensteiner Brauerei.

Sudenburger Festsäle

- Nr. 112 Halberstädter Straße Nr. 112 -

Bauernschänke Inh. W. Franke

Breitweg 91, Nähe des Zentraltheaters

Fürstenhof Magdeburg

Libelle

Kaiserstraße 94a - Kabarett
Bier-Kabarett und Varieté

Blaue Grotte

Prälattenstraße 22

Restaurant und Café

Kaiserstraße 94
Das Lokal des angenehmen Aufenthalts

Gemütliche Stube, Schubrücke 11

Täglich Künstler-Konzerte

Speisewirtschaft Th. Heise Inh.: Wils Martin

Johannisstraße Nr. 4
Vorzüglicher billiger Mittags- und Abendisch.

Walhalla Lichtspiele
Freitag und Samstag Programmwechsel

Kino-Schauspiele Magdeburg-S.

Wöchentlich zweimal neues Programm

Bekleidung und Sportartikel

Gute und preiswerte Stoffe
kaufen Sie bei
Tuch-Kärgel
Königstraße 64

Merke Sporthaus
Jakobstraße 35

Spezialgeschäft für den gesamt. Sportbedarf

Sporthaus Schwarzenberger
Schwertfegerstraße 8 - Telefon 923

Heinrich Casper, Breitweg 123

Spezialhaus für gute Herren- u. Knaben-Bekleidung - Sport- und Bekleidung

Auf bequeme Teilzahlung
S. Margulies, Breitweg 80/81

Geschäftliche Rundschau und Zeitungs-Dauer-Fahrplan

H. LUBLIN
Das Haus, wo Sie stets gute Qualitäten zu niedrigsten Preisen kaufen können
Modewaren, Wäsche, Aussteuerartikel

Herren- und Damen-Kleidung
Breitweg 15
Ecke Bärstraße
Unser Grundsatz: Gut und billig!!!

H. Esders & Co.
Das führende Haus in Herren- und Knaben-Bekleidung
Breitweg 45/47

Kaufhaus Wittkowski
Hamburger Engros-Lager

Schuhvertrieb Rheingold, Wilhelmstr. 4
Billigste Bezugsquelle für alle Sorten Schuhwaren

Blumenthal Stiefel unerreicht
Schuh-Bazar Wolf Blumenthal
Magdeburg-Breitweg 13

Table with train departure times from Hauptbahnhof Magdeburg to various destinations like Braunschweig, Berlin, etc.

Wollwaren, Konfektion, Modewaren

Peter Georg Palis, Richard Oste, Berthold Wöllner, Hugo Stützer, Friedrich Bortfeldt Nchf., C. F. Brodmann, Christiansen & Co., Fritz Jürges

Möbelhaus Adolf Kurkowsky
Neuer Weg Nr. 21 neben der städtischen Sparkasse Inh. K. Popofsky

Magdeburger Abfallsammlung
Fernruf 2094 - Große Münzstraße 13
Fernruf 3954 - Halberstädter Str. 130

Tuchhandlung Carl Lücke Nachf., Schwibbogen 8
M. Weilbacher, Manufaktur

Emil Kuntze & Sohn, Magdeburg
Tischlerstraße 2 - Fernsprecher 257

Spedition Franz Domella

Café Royal Künstlerspiele
die Volksunterhaltungsstätte
Täglich 8 Uhr Dienstag, Mittwoch, Donnerstag nachh. bei freiem Eintritt Sonntag 4 und 8 Uhr

Bodensteiner Bier
Höchste Auszeichnung „Miana 1922“

Schuh- und Lederwaren

Steinfeldts Schuhhaus
Jakobstraße 38

Oppenheims Schuhhaus
Jakobstraße 40

Hermann Sander
Magdeburg-Südendurg, Halberstädter Straße 126c
Schuhwaren
Freies Geschäft für Maßarbeit am Platze

Willy Zabel, Olivenstedter Straße 36
Schuhwarenhandlung :: Schnellbesohlanstalt

Wilhelm Berlin, Alter Markt 28
Schuhwarenhaus

Schuhwaren! vom Guten das Beste, kaufen Sie, noch preiswert bei
Radolf Franke, Magdeburg-Wilhelmstadt, Arndtstraße 26

Greiner & Altenburg, Brolleweg 227 -
Lederausschnitt und Gummi, nur Kernwaren
Sämtl. Schuhmacher-Bedarfsartikel zum billigsten Tagespreise

Emil Wilde, Grosse Marktstraße 23
Leder-Ausschnitte u. Schuhmacherbedarfsartikel
Continental-Gummiabsätze

J. Bormann, Große Münzstraße Nr. 2
Lederwaren - Reise-Koffer und -Taschen

Lederhandl. August Förster
Lödisehofstraße 9 n. 10
Billigste Leder-Ausschnitte. - Schuhmacherbedarfsartikel

Drogen und Lebensmittel

Stefan Gehrmann
Medizin. Spezialhaus, Himmelreichstr. 23
Lieferant sämtlicher Krankenkassen

Carl Hauptmann, Magdeburg-Neustadt,
Lübecker Straße 25a
Drogen - Farben - Seifen - Spirituosen

Drogerie Alfred Dowaldt am Haselbachplatz
Drogen, Farben, Verbandstoffe, Parfümerien.

Stern-Drogerie, Sternstraße 4
Drogen, Farben, Verbandstoffe, Seifen und Parfümerien

Medizinal-Drogerie Alfred Becker,
Rochitzer Straße 8
Drogen, Verbandstoffe, Farben, Lacke

Waren-Verein G. m. b. H.
Magdeburg
Ständig billige gestellte Lebensmittel-Preise
:: 87 eigene Verkaufsstellen in Magdeburg ::

Mehlhalle, Letterstraße 2
sämtliches Viehfutter, prima Mehle und sonstige Lebensmittel

E. Müller, Scharnhorststraße 12
Sämtl. Sorten frische Würst
Heute Schlachtfest Sämtl. Sorten frische Würst

Erste Magdeburger Spezialität
Salomons Magdeburger Baumkuchen
Kaiserstraße 34a - Fernruf 1841

O. Schäfer, Große Schulstraße Nr. 12
Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel

C. Zettler Kaiserstraße Nr. 95
gegenüber der Kronprinzenstraße
Billigste Bezugsquelle bekannter guter Margarine

Allgemeines
Paul Gottschalk
Himmelreichstraße Nr. 12
Uhren - Schmuckwaren

Reserviert für
J. Rosenberg, Katharinenstr. 8
Möbelhandlung

Bretter - Latten - Kantholz
zum Stall- und Laubenan usw.
Fr. Henkel, Holzhandlung, Lüneburger Straße 24
Fernsprecher 7839

Kohlen Koks
Holz u. Torf

Danckworth & Meißner
Kohlen
Kleiner Stadtmarsch 8a - Fernruf 1687

F. W. Auerbach, Breitweg 173
Glas - Porzellan - Steingut

Dampfwäscherei Carl H. Lotze
Annahmestelle: Bärstraße 4 - Fernruf 1050 u. 3214

Dampfwäscherei Aegir
Einzige Ozon-Bleichanlage am Platze. Fernspr. 1712

Triumph-Dampfwäscherei
Rochitzer Straße 4354 Fernsprecher 1806
Reinigung sämtl. Arten Wäsche Laden Schrotdorfer Str. 25

Bernhard Walter
Schönebecker Straße 100
Fernsprecher 8325
Bürstenfabrik - Vorzügliche Bezugsquelle

C. Beck Nachf., Große Diesdorfer Straße 221
Bürsten, Seifen und Toilettenartikel

Fr. Zander, Tel. 1583 Tischlerbrücke 29
Bürsten- und Pinselwerk
Breitweg 101